

Aufbruch zu neuen klimapolitischen Abkommen

Die Klimakonferenz von Montreal im Licht der Ergebnisse der ersten Kyoto-Periode

Von Hans-Jochen Luhmann, Bernd Brouns und Wolfgang Sterk, Wuppertal

Vom 28. November bis 10. Dezember 2005 fand im kanadischen Montreal die 11. Klimakonferenz (COP 11) statt. Doch diesmal kamen nicht nur die Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention zusammen, sondern es traten gleichzeitig und erstmalig auch die mittlerweile 156 Mitgliedsstaaten des Kyoto-Protokolls zusammen (COP/MOP 1). Neben letzten Weichenstellungen für dessen Umsetzung ging es in Montreal insbesondere darum, Verhandlungen über die Fortentwicklung der Kyoto-Verpflichtungen auf den Weg zu bringen. Ein Anlass, um Bilanz zu ziehen.

Wir fragen zunächst, welche Ausgangsbasis für diese Verhandlungen um zukünftige Minderungsverpflichtungen nach dem Jahre 2012 anzunehmen ist.

Die Ausblendungen im Kyoto-Ansatz

Das Kyoto-Protokoll ist begrenzt. Es war nie vorgesehen, dass es das gesamte Klimaproblem abdecken sollte. Es ist 1997 beschlossen worden auf Basis eines informellen Konsenses, der schon

1992 bei der Verabschiedung der Klimarahmenkonvention herrschte. Das Protokoll sollte ein erster Schritt sein, es sollte lediglich die industriestaaten-typischen Ursachen einbeziehen – denn die Industriestaaten wollten vorangehen und dazu Verpflichtungen zur Emissionsreduktion eingehen. Deshalb reicht die erste Verpflichtungsperiode des Protokolls zunächst nur bis zum Jahre 2012, aus dem gleichen Grund sind andere Emissionskategorien ausgeblendet, insbesondere Kohlendioxid-Emissionen biotischen Ursprungs, wie sie bei der Verichtung von Regenwäldern entstehen¹⁾. Etwas vereinfacht kann man sagen: Das Protokoll sollte nicht umfassend, sondern nur ein (erweitertes) Fossile-Brennstoffe-Protokoll sein – erweitert deshalb, weil weitere typisch industrielle Emissionen einbezogen werden sollten:

- 1) die so genannten **F-Gase**²⁾, weil sie im wörtlichen Sinne industriell hergestellt werden;
- 2) **Lachgas** (N₂O) aus dem gleichen Grund, dann aber erweitert um die N₂O-Emissionen aus der „industriellen“ Landwirtschaft; und
- 3) **Methan** (CH₄), weil die Verluste der Erdgaswirtschaft, aber auch die (leicht vermeidbaren) Emissionen aus der industriellen (bzw. nicht hinreichend industriellen) „Ab-Wirtschaft“ (Abfall- wie Abwasser-) erfasst sein sollten.

Stand zum Ende der ersten Kyoto-Periode

Am 16. Februar 2005 ist das Kyoto-Protokoll endlich in Kraft getreten. Die darin ein-

¹⁾ Formal liegt das vor allem daran, dass die Regenwäldler als Nicht-Industriestaaten keine Minderungsverpflichtungen haben. Der in letzter Minute in Kyoto eingerückte Artikel 3.3 des Protokolls sieht für Industrieländer vor, dass „Entwaldungen“ (deforestation) anzurechnen sind. Wenn Deutschland z.B. seine Wälder abbrennen würde, müsste dies in der Emissionsbilanz an anderer Stelle ausgeglichen werden. Die Operationalisierung von Artikel 3.3 ist aber nicht soweit gediehen, dass absehbar wäre, ob das einen wesentlichen Einfluss auf die Emissionsbilanz der Industriestaaten haben wird. Insbesondere hat es denn um die Klärung der Bedingung zu gehen, dass eine Entwaldung durch menschliches Einwirken (human induced) bedingt ist.

²⁾ F-Gase umfassen (Fluor-)Chlorkohlenwasserstoffe sowie Hexafluorlud.

gegangen Verpflichtungen, die Emissionen von Industriestaaten zu mindern oder mindestens zu begrenzen, reichen bis zum Ende des Jahres 2012. Die Frage drängt sich auf: Was wird der Stand zu jenem Zeitpunkt sein?

Hinsichtlich des Kyoto-Protokolls selbst gibt es auf diese Frage seit November 2005 eine sozusagen offizielle Antwort, nämlich seitens des Sekretariats der Klimakonvention³⁾: „Die“ Industriestaaten, also jene, die das Protokoll gezeichnet, wenn auch nicht alle ratifiziert haben, werden mit plus 10,6 Prozent herauskommen. Und das nur „mindestens!“ Die Gründe dafür, dass das Gegenteil des Angestrebten als Ergebnis herauskommt, sind Abb. 1 zu entnehmen: Man erkennt die (geringen) Minderungsbeiträge der vielen „Kyototreuen“ (der „Guten“), denen die (starken) Wachstumsbeiträge der wenigen „Kyotoflüchtigen“ (der „Bösen“) entgegenstehen, die die Minderemissionen mehr als aufheben. Man erkennt zugleich, dass sich innerhalb der Kyototreuen dasselbe Muster auf sektoraler Ebene vollzieht: In vielen Sektoren sind durchaus beachtliche Minderungen zu verzeichnen, wohingegen der „Ausreißer“-Sektor Verkehr für weit überproportionales Wachstum verantwortlich ist.

Hinsichtlich des globalen Standes hingegen gibt es eine „offizielle“ Antwort nicht – obwohl die Zahlen bis 2012 in gleicher Weise schon festliegen wie die der Kyoto-Staaten. Zu entnehmen sind sie keinem offiziellen Dokument – und das ist bezeichnend. Diese Tatsache ist Teil des herrschenden Ausblendemechanismus⁴⁾, den man aber seinerseits durchschauen kann. Zu fassen sind die Zahlen bis Ende 2012 bislang nur für denjenigen, der ‚Kleingedrucktes‘ zu lesen und zu adde-riert versteht.

Ursprünglicher Fahrplan der multilateralen Klimapolitik

Das Kyoto-Protokoll sollte ein erster Schritt sein innerhalb eines breiteren, implizit zwischen Nord und Süd verabredeten Fahrplans der multilateralen Klimapolitik. Dreh- und Angelpunkt war und ist das in der Klimarahmenkonvention

³⁾ UNFCCC: Highlights from Key GHG Data. Bonn November 2005. URL: http://unfccc.int/files/essential_background/background_publications_htmlpdf/application/pdf/key_ghg_data_press_background.pdf

⁴⁾ Die Vertragsstaaten haben sich mit Unterzeichnung der Klimakonvention dazu verpflichtet, regelmäßig die Angemessenheit der verabredeten bzw. eingegangenen Verpflichtungen zu überprüfen. Dafür müssen Herausforderungen, also Ziel, und Stand der Einlösung, also Politik, erfasst und miteinander verglichen werden – die Differenz bestimmt die anstehende Aufgabe. Eine solche Überprüfung war für 1998 vorgesehen, doch wird sie seitdem in schöner Re-

gelmäßigkeit im Rahmen des Konventionsprozesses verortet. Der Hintergrund ist der tiefe Konflikt zwischen den beiden Gruppen, den Industrie- und den Entwicklungsländern. Die Entwicklungsländer verweigern die Eröffnung einer Bewertung der Angemessenheit des Erreichten bzw. der bestehenden Verpflichtungen, solange die Industriestaaten diese nicht erfüllt haben. Der Konflikt endet also bislang nicht einfach in einem Handlungsstau, sondern mehr noch, in einer selbstproduzierten Blindheit.

⁵⁾ CO₂e bedeutet, dass die Summen aller Treibhausgase auf CO₂ umgerechnet werden, die so genannten CO₂-Äquivalente.

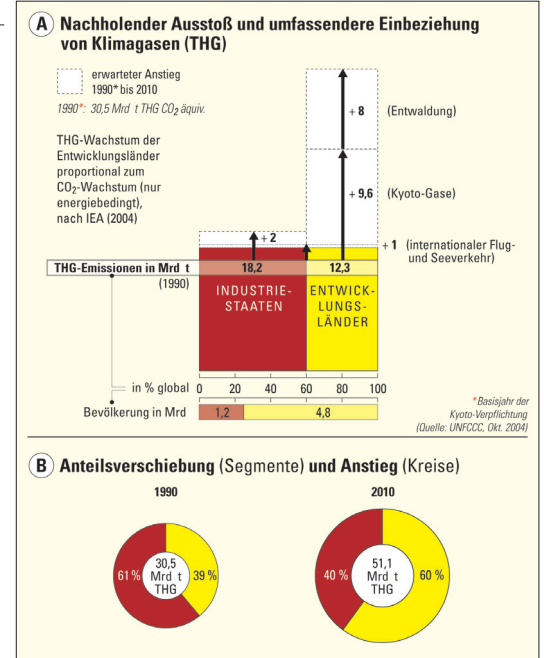


Abb. 2: Absehbarer Ausstoß von Treibhausgasen (THG in Gt CO₂e/a) zum Ende der Kyoto-Periode 2012

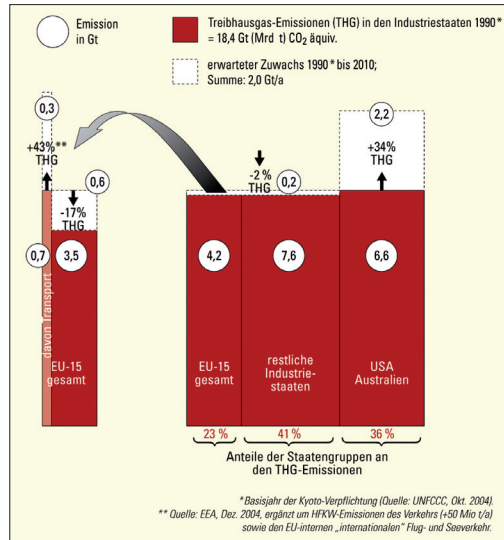


Abb. 1: Wie im Großen so im Kleinen: Absehbare Ergebnisse des Ausstoßes von Treibhausgasen in den Industriestaaten während der Kyoto-Periode

Ausgangsbasis der Nach-2012-Periode ist absehbar

Am weltweiten Ergebnis der ersten Kyoto-Periode ist heute nicht mehr viel zu drehen. Heraus kommt etwas, von dem man nur sagen kann: Entfall der Geschäftsgrundlage im Verhältnis Nord – Süd. Die globalen Emissionen von Treibhausgasen steigen historisch beispiellos an, sowohl im Ausmaß des Anstiegs als auch im Ergebnis: Sie werden, wie Abb. 2 zeigt, im Jahre 2012⁹⁾ bei voraussichtlich 51 Gt zu liegen kommen.

Zu diesem Anstieg um 21 Gt tragen die Industrieländer einen Zuwachs von 2 Gt bei. Eine Minderung um 1 Gt hatten sie in Kyoto zugesagt (entsprechend 5 Prozent), mit etwa 2 Gt Zuwachs dagegen werden sie über die Ziellinie gehen. Für die Nord-Süd-Verhandlungen erheblich ist das falsche Vorzeichen – das bedeutet Wortbruch.

Die Entwicklungsländer tragen den Rest des „Zuwachses“ im wörtlichen Sinne bei. Ihre Emissionen an Kyoto-Gasen wachsen um knapp 10 Gt. Diese Zahl ergibt sich, wenn man die Internationalen Energieagentur der OECD glaubt, die für diese Länder ein „nachholendes“ Wachstum allein der energiebedingten Emissionen um 110 Prozent prognostiziert und für die übrigen fünf Gase etwas zurückhaltender ist, indem man für sie einfach eine Wiederholung ihres Wachstums zwischen 1990 und 2000 in den folgenden 10 Jahren unterstellt. Hinzuzunehmen sind die Kohlendioxidemissionen aus Entwaldungen in Höhe von etwa 8 Gt pro Jahr. Und auch die Emissionen in Höhe von etwa 1 Gt aus dem Internationalen Flug- und Seeverkehr, der sich nicht so recht in das Schema des UN-Territorialstaatenprinzips fügt, dürfen nicht länger „vergessen“ werden – hier handelt es sich also jeweils um Emissionen, die nicht im wörtlichen Sinne „zuwachsen“ sondern lediglich zusätzlich im Blickfeld zugelassen werden (müssen). Realistisch für das Jahr 2012 ist angesichts dessen eine Marke von etwa 51 Gt. Damit ist die Ausgangsbasis aller zukünftigen Minderungsziele markiert.

Herausforderung ist dreimal so groß wie gedacht

Üblich ist in der multilateralen Klimapolitik jedoch, die zukünftigen Minderungsziele relativ zur Ausgangsbasis 1990, wie sie für die Zwecke des Kyoto-Protokolls festgelegt ist, zu formulieren. Von dieser Ausgangsbasis von 30 Gt aus bis zum Jahre 2050 auf 15 Gt herunterkommen zu müssen, ist eine nur knapp halb so große Herausforderung wie die, angesichts des Anstieges bis 2010 wirklich vor uns

steht; die ihrerseits ist mehr als dreimal so groß wie ursprünglich gedacht.

Dem EU-Ministerrat war bei seinem global-klimapolitischen Positionsbezug im März 2005 immerhin zur Entscheidung die Formulierung vorgelegt worden:

„...reaffirms the conclusion that, to keep concentrations of CO₂ equivalent well below 550 ppmv, global greenhouse gas emissions will have to peak within two decades, followed by substantial reductions in the order of at least 15 % and perhaps by as much as 50 % by 2050 compared to 1990 levels ... to the baseline envisaged in the Kyoto Protocol.

(... bestätigt erneut die Folgerung, dass – um die Konzentration der CO₂-Äquivalente deutlich unter 550 ppmv zu halten – der Ausstoß von Treibhausgasen innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte seinen Höhepunkt erreichen muss, gefolgt von wesentlichen Verringerungen in der Größenordnung von wenigstens 15 % und vielleicht sogar um bis zu 50 % bis 2050 im Vergleich zu dem Niveau von 1990 ... der vom Kyoto-Protokoll ins Auge gefassten Ausgangsbasis“)

Das ist deshalb bemerkenswert, weil der Ministerrat in seinem Beschluss die ausdrückliche Erwähnung „relativ zur Kyoto-Ausgangsbasis“ und damit die Eindeutigkeit gestrichen hat. Wer solche Formulierungen liest und zugleich der vorher erläuterten Größenordnungen gewahr ist, wird versucht sein zu fragen: Darf wirklich davon ausgegangen werden, dass ein Spitzenpolitiker, die solche Zahlen unterschreiben, wissen, was sie beschließen? Von 2010 aus betrachtet, entsprächen 15 % relativ zur Kyoto-Ausgangsbasis in Wirklichkeit dem Dreifachen: 50 Prozent; 50 % entsprächen dann 71 Prozent. Vielleicht ist dieser „Vorhang“ der Uneindeutigkeit das zentrale Mittel, mit dem die hochrangigen Verhandler ihre Minister zur Unterschrift unter solch weitreichende, um nicht zu sagen revolutionäre Ziel-Beschlüsse zu bewegen vermögen.

Verhandlungen über die Zukunft in Montreal

Die Montrealer Konferenz nahm sich nun der Herausforderung „Nach-2012“ an. Dies geschah auf drei verschiedenen Verhandlungssträngen. Im Mittelpunkt stand der Kyoto-Pfad. Das Protokoll sieht in Artikel 3.9 vor, dass Verhandlungen über eine Fortschreibung der Minderungspflichten für Industrieländer im Jahre 2005 beginnen sollen. Diese standen also unter Zugzwang, einen Verhandlungsprozess zu starten, der rechtzeitig zu einer Einigung auf ein „Kyoto-2“ führt. Zudem galt es, den Entwicklungsländern ein klares Signal dafür zu geben, dass man willens ist, auch weiterhin eine Vorreiterrolle einzunehmen, um im Gegenzug auch von ihnen künftig

vermehrte Klimaschutzaktivitäten einfordern zu können. Die Verhandler standen außerdem wie nie zuvor unter dem Druck privater Akteure, vor allem aus der Wirtschaft, die eine klare Perspektive für den Fortbestand des durch Kyoto und den EU-Emissionshandel geschaffenen Emissionsmarktes auch nach 2012 einforderten. Nicht zuletzt waren die Aussichten auf eine Einigung auch deshalb recht gut, weil die Verhandlungen nur unter den Kyoto-Mitgliedern stattfanden, somit also der Kyoto-Verweigerer USA ausgeschlossen war.

Doch auch ohne die USA als Beteiligte waren die Verhandlungen alles andere als ein Selbstläufer. Bereits in den ersten Tagen zeichneten sich insbesondere zwei Konfliktlinien ab, an denen sich Industrieländer auf der einen und Entwicklungsländer auf der anderen Seite gegenüberstanden. Bei der ersten ging es um die Frage, in welchem institutionellen Rahmen „Nach-2012“-Verhandlungen geführt werden und bis wann sie beendet werden sollen. Hier hatte die Gruppe der Entwicklungsländer („G-77 & China“) recht klare Vorstellungen. Sie wollte eine eigenständige Arbeitsgruppe eingerichtet sehen, die bis 2008, dem Beginn der ersten Verpflichtungsperiode, neue Minderungsziele für die Industrieländer aushandeln sollte. Auf ersteres konnte man sich schließlich einigen, wohingegen der Endpunkt der Verhandlungen auf Drängen der EU und Japans weniger konkret gefasst wurde⁷⁾.

Gemäß dem Beschlussstext soll ein Verhandlungsergebnis nun zeitig genug vorliegen, damit keine Lücke zwischen der ersten und der zweiten Verpflichtungsperiode entsteht⁸⁾.

Die zweite Konfliktlinie bildete sich bei der Frage, inwiefern das Verhandlungsmandat auch einen Verweis auf die laut Artikel 9 Kyoto-Protokoll im nächsten Jahr anstehende Überprüfung der Wirksamkeit des Protokolls enthalten solle. Damit wollten die Industrieländer mittelbar versuchen, auch Überlegungen zu Klimaschutzmaßnahmen vonseiten der Entwicklungsländer auf die Tagesordnung zu setzen, also eine der Begrenzungen des bisherigen Protokolls anzugehen. Obwohl einige der großen Entwicklungsländer wie Mexiko, Südafrika und Argentinien auf der

⁹⁾ Das im Text verwendete Endjahr der Kyoto-Periode, 2012, und das in den Abbildungen verwendete Endjahr 2010 sind äquivalent, weil die Verpflichtungen im Kyoto-Protokoll für das Durchschnittsjahr der Zielperiode 2008 bis 2012, also in diesem Sinne für das Jahr 2010, gelten.

⁷⁾ Dabei wird auch der Termin der Wahl der nächsten US-Präsidentschaft im November 2008 eine Rolle gespielt haben.

⁸⁾ Draft decision „CMP.1, Consideration of commitments for subsequent periods for Parties included in Annex I to the Convention under Article 3, paragraph 9, of the Kyoto Protocol, FCCC/KP/CMP/2005/L.8/Rev.1, 10 December 2005.

Konferenz bekundeten, für Gespräche über ein vermehrtes Engagement im Klimaschutz offen zu sein, verweigerte die Gruppe „G-77 & China“ eine Verknüpfung von Artikel 3.9 und Artikel 9 und pochte erfolgreich darauf, dass Artikel 3.9 des Protokolls nur an Industrieländer adressiert sei. Lediglich Russland beharrte trotz der klaren Rechtslage auf einem Vorschlag, den Verhandlungsauftrag der einzurichtenden Arbeitsgruppe auch auf freiwillige Verpflichtungen von Entwicklungsländern auszuweiten. Erst in den Morgenstunden nach dem eigentlich letzten Verhandlungstag konnte Russland schließlich durch die noch anwesenden Minister/innen aus Industrie- und Entwicklungsländern zur Zustimmung gebracht werden.

Der zweite „Nach-2012“-Verhandlungsstrang fand unter dem Dach der Klimarahmenkonvention statt. Dort verfolgte der kanadische Umweltminister und Konferenzpräsident STEPHANE DION das Ziel, auch Entwicklungsländer sowie Nicht-Kyoto-Staaten wie die USA und Australien künftig stärker in den internationalen Klimaschutz einzubeziehen. Die Erwartungen, mit dieser Initiative tatsächlich einen wesentlichen Prozess zu starten, waren von Beginn an recht gering – hatten doch die USA, die zwar nicht das Kyoto-Protokoll, aber die Klimarahmenkonvention ratifiziert haben und damit dort stimmberechtigt sind, vor und während der Konferenz mehrmals angekündigt, dass sie in Montreal prinzipiell nicht bereit seien, über „post-2012“ zu reden. Vor diesem Hintergrund ist der letztlich getroffene Beschluss noch leicht positiv zu bewerten. Es soll über zwei Jahre in vier Arbeitskreisen (Workshops) ein „Dialog über langfristige gemeinsame Aktivitäten gegen den Klimawandel“ geführt werden, der jedoch ausdrücklich nicht zu neuen Verpflichtungen, Prozessen oder sonstigen Festlegungen führen darf⁹⁾. Nicht viel auf den ersten Blick. Doch beinhaltet gerade ein solch unverbindlicher Dialog das Potenzial, Vertrauen zu schaffen und gemeinschaftlich Optionen einer breiteren

⁹⁾ Draft decision on a process for discussions on long-term cooperative action to address climate change, Proposal by the President, FCCC/CP/2005/CRP.1, 6 December 2005.

¹⁰⁾ In dieser Vorlage gemachten Zahlenangaben beziehen sich auf Angaben des IPCC für „die 1990er-Jahre“, sind also veraltet.

¹¹⁾ Submission by the Governments of Papua New Guinea & Costa Rica, Reducing Emissions from Deforestation in Developing Countries: Approaches to Stimulate Action, Eleventh Conference of the Parties to the UNFCCC, Agenda Item # 6. In: Reducing emissions from deforestation in developing countries: approaches to stimulate action, Submissions from Parties, FCCC/CP/2005/MISC.1, 11 November 2005.

¹²⁾ Reducing emissions from deforestation in developing countries: approaches to stimulate action, Draft conclusions proposed by the President, FCCC/CP/2005/L.2, 6 December 2005.

Beteiligung im multilateralen Klimaschutz zu diskutieren.

Waldschutz als Klimaschutz

Dass ein solcher Prozess zu einem Kristallisationspunkt für weiterführende Verhandlungen werden kann, zeigt der dritte „Nach-2012“-Verhandlungsstrang von Montreal. In diesem ging es um eine Initiative von Papua-Neuguinea zur Eindämmung der Emissionen aus Entwaldung in Entwicklungsländern. Ihren Ausgang nahm diese Initiative im Mai 2005 auf einem „Seminar von Regierungsexperten“, obwohl dieses keine formale Verbindung zu den offiziellen Verhandlungen hatte. In Montreal wurde die Initiative nun gemeinsam mit Costa Rica und unterstützt von sieben weiteren Regenwaldländern in den offiziellen Verhandlungsprozess eingebracht. Die gemeinsame Vorlage hob hervor, dass in den 1990er-Jahren je nach Schätzung 10 bis 25 % der globalen Treibhausgasemissionen aus Entwaldung resultierten, dass aber derzeit weder die Konvention noch das Protokoll diese Emissionen angemessen behandeln¹⁰⁾. Innovative Ansätze in diesem Bereich seien eine Hauptvoraussetzung dafür, das Ziel der Konvention zu erreichen, einen gefährlichen Klimawandel abzuwenden¹¹⁾.

Der Vorschlag setzte damit eine der Auslassungen des Kyoto-Protokolls wieder auf die Tagesordnung, die bereits früher für heftige Auseinandersetzungen gesorgt hatte. In den Verhandlungen über die Ausgestaltung des Kyoto-Protokolls war diskutiert worden, Aktivitäten zur Wald-erhaltung unter dem Instrument „Clean Development Mechanism (CDM)“ des Kyoto-Protokolls zuzulassen. Unter dem CDM können für solche Projekte in Entwicklungsländern, mit denen entweder klassische Emissionen des Kyoto-Korbes reduziert werden oder bei denen durch Aufforstung bzw. Wiederaufforstung der Atmosphäre CO₂ entzogen und in Biomasse festgelegt wird. Emissionszertifikate ausgestellt werden. Die Industrieländer können diese ankaufen und auf ihre Kyoto-Ziele anrechnen. Letztendlich waren walderhaltende Maßnahmen jedoch aus dem CDM ausgeschlossen worden, da sich viele kritische Fragen, wie etwa die der Rolle der Biodiversität bei solchen Projekten, Eigentumsrechte, die Dauerhaftigkeit des Waldhalts und die Überwachung nicht hatten klären lassen.

Papua-Neuguinea und Costa Rica forderten einen „fairen und gerechten“ Zugang zu den derzeit entstehenden Emissionsmärkten als eine Bedingung dafür, sich wesentlich zu dem Problem der Entwaldungsemissionen zu engagieren. Sie schlugen zwei Optionen vor: Entweder könne ein ergänzendes (optionales) Pro-

tokoll speziell zu diesem Thema unter der Klimakonvention ausgehandelt werden, oder aber Aktivitäten zur Walderhaltung könnten doch noch unter dem Clean Development Mechanism (CDM) des Kyoto-Protokolls zugelassen werden.

Alle in Montreal vertretenen Staaten begrüßten die allgemeine Absicht dieses Vorschlags, einige erhoben jedoch dieselben technischen Bedenken, die bereits zum Abschluss von Entwaldung aus dem CDM geführt hatten. Uneinigkeit herrschte auch darüber, ob zunächst diese technischen Fragen diskutiert werden sollten (von der EU befürwortet), oder ob unmittelbar auch politische Fragen behandelt werden sollten (von den südlichen Ländern gefordert). Damit zusammen hing die Frage, ob bereits während der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls, also vor 2012, konkrete Maßnahmen ergriffen werden sollten, was eine Revision des bestehenden Regelwerks erfordert hätte, oder ob das Thema mit den allgemeinen „Nach-2012“-Diskussionen zusammengefasst werden sollte.

Die Konferenz befand schließlich, das Thema an ihren Subsidiary Body for Scientific and Technological Advice (SBSTA; Nebenorgan für wissenschaftliche und technische Fragen) weiterzuleiten, der das nächste Mal im Mai 2006 tagt. Die Vertragsparteien sind aufgerufen, bis zum 31. März ihre Ansichten zu dem Thema sowie Vorschläge für das weitere Verfahren vorzulegen. Die Vorlagen können auch politische Aspekte behandeln. Zudem wird ein Workshop organisiert, der im November 2006 stattfinden soll. Während Papua-Neuguinea und Costa Rica vorgeschlagen hatten, die Ergebnisse der nächsten Vertragsstaatenkonferenz Ende nächsten Jahres vorzulegen, wird der gefällten Entscheidung zufolge jedoch erst im Dezember 2007 ein Statusbericht erfolgen. Das Thema wird somit als Teil des allgemeinen „Nach-2012“-Paketes behandelt werden¹²⁾.

Der Weg für Verhandlungen über die Zeit jenseits der ersten Kyoto-Periode wurde also in Montreal geebnet. Dies war im Vorfeld der Konferenz aufgrund der von vielen Seiten vorgebrachten Kritik am allzu verbindlichen Ansatz des Kyoto-Protokolls nicht unbedingt zu erwarten gewesen. Deswegen waren die meisten Reaktionen auf die Konferenzbeschlüsse recht positiv, auch wenn diese Beschlüsse in erster Linie „nur“ das weitere Vorgehen betreffen. Die Kyoto-Staaten haben damit aber bekräftigt, dass das Protokoll ein lebendiger Vertrag ist und auch für die Zeit nach 2012 fortgeführt werden soll. Die nächsten Schritte im gemeinsamen Kampf gegen den Klimawandel sind damit vorbereitet, nun müssen sie in den nächsten Jahren auch tatsächlich getan werden.